

<https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/hoefesterben-junglandwirte-brauchen-klare-agrarpolitik-612673> 2.11.2023

Höfesterben: „Wir Junglandwirte brauchen eine klare Agrarpolitik“
Vor welchen Herausforderungen stehen Junglandwirte derzeit? Diese und weitere Fragen hat uns der Bund Deutscher Landjugend (BDL) beantwortet.

Welche politischen Rahmenbedingungen braucht es Ihrer Meinung nach, um Landwirtschaft auch zukünftig für junge Menschen attraktiv zu machen?

Für mich spielt hier die Verlässlichkeit der Politik eine zentrale Rolle. Wenn wir in die Landwirtschaft gucken, haben wir es vor allem in der Tierhaltung mit hohen Investitionskosten zu tun. Jeder Um- oder Neubau eines Stalls stellt Betriebe vor große Herausforderungen. Leider haben wir hier schon in der Vergangenheit gesehen, dass es häufig keine planbaren und verlässlichen politischen Rahmenbedingungen gibt. Landwirte, die ihre Ställe in der jetzigen Zeit komplett sanieren oder sogar neu bauen, müssen sich darauf verlassen können, dass sich die vorgegebenen Standards nicht direkt wieder ändern. Wenn du heutzutage einen Stall nach den vorgegebenen Standards baust, musst du leider damit rechnen, dass du ihn vor Ablauf der Abschreibungsfrist wieder umbauen musst. Das macht die Planbarkeit in Bezug auf Investitionen für die Zukunft sehr schwierig. Das Vertrauen der Junglandwirte in die Politik sinkt durch diese Unsicherheiten zunehmend.

Wie konkurrenzfähig schätzen Sie die deutsche Landwirtschaft, wie sie jetzt aufgestellt ist, im Vergleich mit der EU ein?

Die Konkurrenzfähigkeit sehe ich zunehmend als Problem. Man muss ganz deutlich sagen, dass es einfach unterschiedliche Standards innerhalb der EU gibt. In Deutschland erfüllen wir Landwirte sehr hohe Standards. Das sehen wir in der Tierhaltung, zum Beispiel bei der Ferkelkastration.

Interessant ist auch die Debatte über Glyphosat. Während die EU überlegt, es zuzulassen, sagt Deutschland von vorneherein: Wir wollen es nicht – ohne dabei auf die fachlichen Argumente hören zu wollen.

Welche Herausforderungen schätzen Sie als besonders schwierig ein?
Meine größte Sorge ist, dass die Zahl der Betriebe weiter deutlich sinkt. Insbesondere kleinere Betriebe sagen mittlerweile häufig: „Mit uns nicht!“ Hier in der Nähe habe ich direkt einige Betriebe vor Augen, die zwar für die Zukunft gut aufgestellt waren und auch eine geregelte Nachfolge hätten, aber aufgrund von jetzt auf gleich erforderlichen Investitionen bei einer unsicheren Zukunft nicht mehr weitermachen wollen. Für mich ist es ganz klar eine fehlgeleitete Landwirtschaftspolitik, wenn Betriebe mit geregelter Nachfolge lieber aufhören, statt neue Investitionen zu tätigen. Zusätzlich steigt, zumindest in unserem Kreis, die Zahl der Nebenerwerbslandwirte tendenziell an. Fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe bezieht das Haupteinkommen aus einer Nebentätigkeit. Auch diese Entwicklung wird sich wahrscheinlich in Zukunft noch weiter verstärken.

<https://www.agrarheute.com/management/finanzen/bauerndemo-sachsen-ruecktrittsforderungen-minister-guenther-612565> 1.11.2023

Bauerndemo in Sachsen: Rücktrittsforderungen an Minister Günther
Sachsen trödelt bei den Direktzahlungen. Der Freistaat wird die EU-Agrarprämien nicht wie gewohnt bis zum Jahresende auszahlen. Das bringt die Bauern in Zahlungsnot und in Wut. Heute (01.11) demonstrierten sie in Dresden.

In [Sachsen](#) werden die Direktzahlungen und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete für das Antragsjahr 2023 nicht wie gewohnt im Dezember ausgezahlt werden. Darüber hatte am 30. Oktober das sächsische Landwirtschaftsministerium informiert. Laut Angaben des Ministeriums geht es um rund 240 Millionen Euro.

Zur Erklärung nannte das Ministerium „technische Gründe“. Stattdessen sollen die Landwirte ihre seit Monaten beantragten Gelder „frühestmöglich, spätestens Ende Februar 2024“ erhalten. Sachsens Agrarminister Wolfram Günther (Grüne) nannte die Verschiebung „in höchstem Maße bedauerlich und ärgerlich“.

Der Sächsische Landesbauernverband warnte vor Zahlungsnot auf den Betrieben. Zum Jahreswechsel stünden bei den Landwirten erhebliche Ausgaben an, zum Beispiel für [Pachten](#), Kredite, [Saatgut](#) oder Versicherungen. Ohne die Einkommensstützung seien die Betriebe vom Ruin bedroht.

Update vom 1. November 2023, 15 Uhr:

Wie unter anderen die Leipziger Volkszeitung berichtet, versammelten sich heute über 130 Traktoren und Lkw vor dem Sächsischen Landtag, um gegen die verspätete Auszahlung der [Direktzahlungen](#) zu protestieren. Bei ihrer Kundgebung sollen sich die Landwirte an Landwirtschaftsminister Wolfram Günther gewandt und ihm den Rücktritt nahegelegt haben.

Günther sei nicht auf die Landwirte zugegangen, habe einen Rücktritt aber abgelehnt. Er habe alles für eine pünktliche Auszahlung getan, indem er beispielsweise viele neue Stellen in seiner Verwaltung geschaffen habe. Ein Hilfsprogramm, das das Agrarministerium jetzt plant, soll den Betrieben bei der Überbrückung helfen.

Bei der Leipziger Volkszeitung heißt es außerdem, Günther rechne damit, dass es auch in anderen Bundesländern zu Verzögerungen bei den Auszahlungen kommen könne.

<https://ansage.org/photovoltaik-verdraengt-landwirtschaft/> 31.10.2023

Photovoltaik verdrängt Landwirtschaft

In Kürze soll auch die Stromerzeugung aus Sonnenenergie als „im nationalen Interesse liegend“ privilegiert werden. Dann kann großflächig Ackerland mit Photovoltaik-Platten bedeckt werden. Die Stromversorgung wird so nicht verbessert, aber die Landwirtschaft wird hart getroffen. Auf den ersten Blick erscheint es wirtschaftlich, Solarstrom statt Mais von den Feldern für unsere Energieversorgung zu „ernten“. Pro Hektar, also auf einer Fläche von etwa 1,5 Fußballfeldern, können nach Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft 700.000 Kilowattstunden (kWh) Solarstrom oder 23.000 kWh Biogasstrom im Jahr geerntet werden. Mit den garantierten Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) liegen die Hektarerträge deutlich über dem

Weizenanbau. Hier werden für 6 Tonnen Weizen 1.800 Euro pro Hektar erzielt.

Die wesentlich höheren Einnahmen mit dem subventionierten Solarstrom führen zu einem Run auf Freiflächen. Bisher durfte Solarstrom nur auf ungenutzten Flächen, wie ehemalige Müllhalden, Brachland oder Randstreifen an Verkehrswegen gewonnen werden. Mit der praktischen Freigabe von landwirtschaftlich genutzten Flächen kann dann auch Ackerland mit Solarplatten bedeckt werden. Die hohen Vergütungen des Solarstroms erlauben dafür hohe Pachtzahlungen, die weit über den Pachten für landwirtschaftlich genutzte Flächen liegen.

Betriebe mit Pachtland müssen aufgeben

Diese Entwicklung wird viele landwirtschaftliche Betriebe zur Aufgabe zwingen. Denn sie bewirtschaften zu zwei Dritteln Pachtland, für das sie 300 bis 500 Euro pro Hektar im Jahr zahlen. Für Solarstromflächen werden dagegen heute 500 bis 1500 Euro pro Hektar geboten. Viele Betriebe verkraften diese hohen Pachten nicht und müssen aufgeben. Es droht nicht nur eine Verspiegelung der Landschaft, sondern auch eine kritische Drosselung der Produktion von Nahrungsmittel. Deutschland ist zurzeit noch auf vielen Gebieten Agra-Exportland. Die Energiewende im Namen der Weltklimarettung wird uns bald zum Agra-Importland machen, wie es bei der Stromversorgung schon geschehen ist. Die Vernichtung der Landwirtschaft folgt der Deindustrialisierung.

<https://www.agrarheute.com/politik/freihandel-eu-australien-scheitert-rindfleisch-zucker-612592> 30.10.2023

Freihandel EU-Australien scheitert an Rindfleisch und Zucker

Australien lässt die Freihandelsgespräche mit der EU platzen, um Brüssel zu mehr Zugeständnissen im Agrarhandel zu zwingen.

Es sollte endlich die letzte, erfolgreiche Abschlussrunde der Freihandelsgespräche zwischen [Australien](#) und der Europäischen Union werden. Stattdessen scheiterte ein Abkommen über den gegenseitigen Zollabbau am Rande des G7-Gipfels in Osaka, Japan, am vergangenen Wochenende kläglich.

Die EU-Kommissare für Handel und Landwirtschaft, Valdis Dombrovskis und Janusz Wojciechowski, waren vergeblich in den Fernen Osten gereist. Ihr Gegenüber, der australische Handelsminister Don Farrell, ließ die Verhandlungen platzen.

Der Grund: Die Australier drängen vehement auf weitere Zugeständnisse der EU im [Agrarhandel](#). Die Union soll ihre Handelsschranken vor allem für Rind- und Lammfleisch, Käse und Zucker abbauen.

EU-Agrarkommissar mahnt zu realistischen Erwartungen

EU-Agrarkommissar Wojciechowski bedauerte im Kurznachrichtendienst X, dass die Verhandlungen nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Dafür wären nach Ansicht des Polen „realistische Erwartungen und ein ausgewogener Ansatz“ notwendig, die die Wirtschaftlichkeit der EU-Landwirtschaft und die Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelversorgung voll berücksichtigen.

Australiens Handelsminister Farrell erklärte seinerseits, seine Aufgabe sei es, das bestmögliche Ergebnis für die australischen Produzenten, die Wirtschaft, die Arbeitnehmer und Verbraucher zu erreichen. Leider seien hier keine Fortschritte möglich gewesen.

Farrell äußerte die Hoffnung, eines Tages ein [Freihandelsabkommen](#) (FTA) zu unterzeichnen, das sowohl für Australien als auch für „die europäischen Freunde“ von Vorteil sei.